

Die Marburger SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Stadtverband Marburg

Antrag 1	
Antragstellung:	Vorstand der SPD Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats, Arbeitskreise der Marburger SPD

1 **Wohnen in Marburg: orientiert an Bedarfen, nachhaltig und bezahlbar**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Wohnen ist ein Menschenrecht und bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.
4 Deshalb will die Marburger SPD mehr bezahlbaren Wohnraum mit unterschiedlichen und den
5 Bedürfnissen der Menschen entsprechenden Wohnformen.

6 Das Recht auf Wohnen muss zugleich den Herausforderungen des Klimawandels gerecht werden.
7 Die Marburger SPD ist stolz darauf, dass mit dem Amtsantritt unseres Oberbürgermeisters Dr.
8 Thomas Spies die Schaffung von Wohnraum zu einem Kernpunkt sozialdemokratischer Politik
9 und dass unsere GeWoBau wieder zu einem aktiven Akteur im Wohnungsneubau geworden ist..
10 Den Kommunalwahlkampf 2021 haben wir mit der Forderung „3000 Wohnungen: nochmal“
11 bestritten. Wir müssen jetzt die Entscheidungen für die nächsten Jahre treffen.

12 Das heißt für uns:

- 13 • Wir werden den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum auch in Zukunft befriedigen.
- 14 • Wohnungsbau der Zukunft muss sozialen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden;
15 das bezieht sich beispielsweise auf Baumaterialien, Energie- und Wärmeversorgung und
16 eine Gestaltung, die das Miteinander der Menschen in den Quartieren fördert.
- 17 • Wohnungsbau der Zukunft muss alle Bedarfe der Menschen befriedigen. Das beinhaltet
18 auch in Zukunft Möglichkeiten des Eigenheims. Darüber hinaus müssen Wohnungen so
19 geplant werden, dass sie sich den verändernden Lebensphasen anpassen können.
- 20 • Wohnungsbau muss vorrangig in kommunaler Hand stattfinden, um einen
21 größtmöglichen Einfluss auf Ausführung, Preise und ökologische Nachhaltigkeit zu
22 bekommen.
- 23 • Wohnungsbau der Zukunft muss die Klimafolgen-Anpassung berücksichtigen. Das heißt
24 unter anderem ausreichende Grünflächen, Beschattung von Freiflächen und
25 Durchlüftung der Siedlungsräume und Vorsorge vor Überhitzung in Freiräumen wie in
26 Wohnungen. Die Klimafolgen-Anpassung setzt damit Grenzen der weiteren
27 Innenverdichtung.
- 28 • Die Stadt Marburg muss schon jetzt eine aktive Bodenbevorratung betreiben, um
29 mögliches Bauland der Spekulation zu entziehen und für die eigene Nutzung für
30 Wohnungsbau nutzen zu können.

Geschäftsstelle:

Biegenstraße 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de



- 31 • Die Bodenbevorratung kann auch dazu dienen, die Kosten im Wohnungsbau für private
32 Akteure zu senken, etwa durch Einsatz des Erbbau-Rechts.

33 Der Parteitag der Marburger SPD fordert unsere Mitglieder im Magistrat und die Fraktion auf,
34 diese Ziele zu verfolgen. Der zuständige Arbeitskreis soll die Ziele aktiv begleiten.

35 **Begründung**

36 Aktuelle Prognosen beschreiben einen Bedarf von bis zu 4.000 Wohneinheiten in den nächsten
37 15 Jahren. Der Wohnungsbau hat lange Vorlaufzeiten, so dass heute die Möglichkeiten
38 beschrieben und geschaffen werden müssen, um die Bedarfe der Zukunft zu befriedigen, wenn
39 sie eintreten. Mit dem Vorhaben am Hasenkopf haben wir einen Weg beschrieben, wie
40 zukunftsfähiger Wohnungsbau in Verantwortung angesichts der Folgen des Klimawandels nötig
41 sein wird. Das Vorhaben zeigt aber auch, mit welchen langen Planungszeiträumen einschließlich
42 einer intensiven Bürger*innen-Beteiligung zu rechnen ist.

43 Die Möglichkeiten der Innenverdichtung sind in Marburg weitestgehend ausgeschöpft. Die
44 Klimafolgen-Anpassung macht zudem ein neues Nachdenken darüber erforderlich, ob alle
45 innerstädtischen Freiflächen bebaut werden sollten und ob eine Aufstockung vorhandener
46 Gebäude in der Höhe – wo sie statisch überhaupt möglich ist – das Mittel der Wahl sein können.
47 Bauen der Zukunft muss den Herausforderungen der Bewältigung des Klimawandels
48 entsprechen. Genauso müssen soziale Aspekte – Begegnungsräume, Infrastruktur, ausgewogene
49 Mischung von Menschen unterschiedlicher Milieus – beachtet werden. Das ist für uns als
50 Marburger SPD ein weiteres Argument dafür, dass Wohnungsbau der Zukunft so weit wie
51 möglich in kommunaler Verantwortung erfolgen sollte. Mit unseren Gesellschaften SEG und
52 GeWoBau haben wir dafür gute Voraussetzungen. Diese gilt es jetzt vorzubereiten und zu nutzen.

Antrag 2	
Antragstellung:	Vorstand der SPD Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats, Arbeitskreise der Marburger SPD

1 Nachhaltige Wirtschaft und gute Arbeitsplätze für eine sichere Zukunft

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die SPD ist die Partei der Arbeit. Wir stehen für zukunftsfähige Arbeitsplätze mit guten
4 Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung. Wir stehen dafür ein, dass alle Menschen eine
5 qualifizierte Ausbildung machen können und dass alle Menschen eine Chance für Qualifizierung,
6 Weiterbildung oder gelingenden Wiedereinstieg in das Arbeitsleben bekommen.

7 Die SPD steht für eine nachhaltige Entwicklung unserer lokalen Wirtschaft. Die lokale Wirtschaft,
8 Handel und Gewerbe haben in der SPD einen Partner für eine gute Perspektive in Marburg. Wir
9 wollen unsere wirtschaftlichen Stärken stärken und zugleich eine Diversifizierung unserer
10 Wirtschaftsstruktur, damit Menschen mit unterschiedlichen Talenten und Interessen eine
11 Perspektive in Marburg bekommen.

12 Die SPD ist überzeugt, dass die Herausforderungen der Folgen des menschengemachten
13 Klimawandels und wirtschaftliche Entwicklung, die gute und sichere Arbeitsplätze sichert, keine
14 Gegensätze sind. Vielmehr wollen wir die Chancen der sozial-ökologischen Transformation für
15 die lokale Wirtschaft nutzen.

16 Deshalb beauftragt der Parteitag der Marburger SPD unsere Mitglieder im Magistrat, die Fraktion
17 und unseren Arbeitskreis Wirtschaft damit, Leitlinien und Handlungsoptionen für eine
18 wirtschaftliche Entwicklung in sozialer und ökologischer Verantwortung zu erarbeiten und
19 umzusetzen. Das bedeutet insbesondere:

- 20 • Eine aktive Wirtschaftsförderung, die auf regionale Wirtschaftskreisläufe, nachhaltige
21 Produktion, Innovation und zukunftsfähige Produkte aufbaut.
- 22 • Unterstützung von Unternehmen, ihr wirtschaftliches Handeln an den Grundsätzen der
23 Gemeinwohl-Ökonomie auszurichten.
- 24 • Förderung der Neugründung von Unternehmen (Start-Ups) durch fachliche Expertise,
25 Netzwerke und geeigneten Flächen
- 26 • Stärkung der Perspektiven der innerstädtischen Einkaufsbereiche Nordviertel, Oberstadt
27 und Universitätsstraße / Südviertel und Unterstützung bei den Herausforderungen, die
28 sich durch verändertes Einkaufsverhalten und durch veränderte Erwartungen von
29 Kund*innen (Einheimische wie Tourist*innen) ergeben
- 30 • Konzepte einer Verknüpfung von Leben, Wohnen und Gewerbe in der Oberstadt und
31 Weidenhausen

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

- 32 • Entwicklung wirksamer Instrumente gegen den Fachkräftemangel, insbesondere in
33 zukunftsfähigen Bereichen des Handwerks (Umwelt, Klimafolgen-Anpassung,
34 ökologischer Umbau von Gebäuden)
- 35 • Unterstützung der weiteren Entwicklung des Pharma-Standorts unter der
36 Weiterentwicklung des Masterplans Behringwerke
- 37 • Transfer von Know-How aus den vielfältigen Forschungen der Universität in die
38 wirtschaftliche Anwendung
- 39 • Berücksichtigung eines nachhaltigen Tourismus als relevantem wirtschaftlichen Faktor
- 40 • Kriterien für die Ausweisung und Nutzung neuer Gewerbeflächen und, die sich an
41 geringem Flächenverbrauch, geringen Emissionen, Klimaneutralität und den Leitlinien für
42 eine nachhaltige Wirtschaft in Marburg orientieren.

43 **Begründung**

44 Die Marburger SPD ist in der neuen Koalition angetreten, die Transformation in die sozial-
45 ökologische Moderne voranzubringen und aktiv zu gestalten. Dies gelingt nur, wenn wir die
46 Chancen nutzen, die sich aus den Herausforderungen des Klimastrukturwandels ergreifen.

47 Aus Sicht der kommunalen Finanzen ist eine Weiterentwicklung des Pharma-Standorts
48 unabdingbar. Darüber hinaus bietet der Standort qualifizierte Arbeitsplätze und fertigt Produkte
49 in zukunftsfähigen Märkten. Deshalb unterstützen wir die Perspektiven, wie sie im Masterplan
50 Behringwerke aufgezeigt sind.

51 Unsere Verantwortung muss sich aber auf alle Bereiche der lokalen Wirtschaft erstrecken.
52 Angesichts der Herausforderungen des Klimastrukturwandels brauchen wir in Marburg sichere,
53 zukunftsfähige Arbeitsplätze in einer innovativen, nachhaltigen lokalen Wirtschaft. Hier müssen
54 neue Wege beschritten werden. Viele Konzepte sind seit langem bekannt. Es kommt darauf an,
55 sie auf Marburg herunterzubrechen und zur Wirkung zu bringen.

56 Eine weitere Herausforderung besteht für Marburg als wichtigem Standort des Einzelhandels.
57 Mit dem Oberstadt-Entwicklungskonzept sind wichtige Grundlagen beschrieben. Sie müssen so
58 weiterentwickelt und umgesetzt werden, dass die Standorte Nordviertel, Weidenhausen und
59 Oberstadt eine gute Perspektive haben.

60 Innovation und nachhaltige, regional ausgerichtete Wirtschaft geht nur mit dem Transfer von
61 Ideen und Wissen. Die Philipps-Universität hat hier eine bedeutende Rolle, ebenso die aktive
62 Förderung von Gründungen, ihre Begleitung in der Umsetzung und die Gestaltung von
63 unterstützenden, wirksamen Netzwerken.

64 Mit der Entwicklung von Leitlinien und Handlungsoptionen für unsere lokale Wirtschaft in der
65 sozial-ökologischen Moderne stellen wir uns unserer Verantwortung und wollen für die
66 Menschen in unserer Stadt die wirtschaftliche Basis für ein gutes Leben in Vielfalt und Solidarität
67 sichern.

68 Wir wissen um die aktuellen Herausforderungen, die die Folgen der Corona-Pandemie und der
 69 Krieg gegen die Ukraine mit sich bringen. Umso mehr brauchen wir eine nachhaltige Perspektive
 70 für Marburg.

71 Die Marburger SPD macht Politik gemeinsam mit den Menschen. Deshalb sollen diese Leitlinien
 72 sollen in einem breiten Dialog mit allen relevanten Akteuren diskutiert und dann vorgelegt
 73 werden.

Antrag 3	
Antragstellung:	Vorstand SPD Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats, sozialdemokratische Abgeordnete in Kreis, Land und Bund

1 **Marburg – Die Universitätsstadt für gute Ausbildung**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Als Marburger SPD stehen wir für das Recht auf gute und kostenfreie Bildung in der
 4 Universitätsstadt Marburg. Das umfasst für uns insbesondere auch das Thema Ausbildung. Wir
 5 kämpfen für gute Ausbildungsbedingungen in unserer Stadt und wollen Marburg noch attraktiver
 6 für Auszubildende gestalten.

7 Das bedeutet für uns:

8 **Gute Ausbildung braucht gute Berufsschulen und Ausbildungsstätten.**

9 Die duale Ausbildung ist ein Schatz, um den uns viele beneiden. Wir wollen sie stärken, indem
 10 wir die Berufsschulen auf allen Ebenen darin unterstützen die besten Lernbedingungen für
 11 Schüler*innen anzubieten. Dazu gehört insbesondere die bauliche und energetische Sanierung,
 12 die digitale Infrastruktur sowie die Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln. Wir stehen dafür ein
 13 alle Berufsschulstandorte in Marburg zu sichern.

14 Wo es notwendig ist, soll die Universitätsstadt Marburg auch Möglichkeiten prüfen insbesondere
 15 kleine, ausbildungswillige Betriebe zu unterstützen, damit diese guten Ausbildungsbedingungen
 16 anbieten können. Außerdem wollen wir die beruflichen Schulen stärker auch mit anderen
 17 Akteur*innen im Bildungsbereich vernetzen, dabei kann und soll die Universitätsstadt die Rolle
 18 einer Brückenbauerin übernehmen.

19 **Gute Ausbildung braucht bezahlbaren Wohnraum.**

20 Gerade für Auszubildende ist es häufig schwierig bezahlbaren Wohnraum zu finden, der gut
 21 angebunden ist zur eigenen Ausbildungsstätte, wie auch zu weiteren Standorten der Ausbildung.

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

22 Wir wollen in Marburg bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und schaffen. Wir setzen
23 uns insbesondere ein für

- 24 • die Einrichtung eines neuen Wohnheims für die Auszubildenden des UKGMs in Marburg,
- 25 • ein gemeinsames Wohnheim für Auszubildende und Studierende in Kooperation mit dem
26 Studierendenwerk,
- 27 • die Prüfung der Möglichkeit zur Gründung eines Azubiwerkes für Marburg oder in
28 Kooperation mit dem Landkreis.

29 **Gute Ausbildung ist kostenfrei und wird gut vergütet.**

30 Eine Ausbildung darf genau wie ein Studium nicht vom eigenen oder dem Geldbeutel der Eltern
31 abhängen. Wo es sie noch gibt, setzen wir uns für die Abschaffung von Ausbildungskosten ein.
32 Um einen idealen Einstieg in die berufliche Zukunft gestalten zu können, sind Auszubildende auf
33 eine angemessene Vergütung angewiesen, die es bspw. ermöglicht eigenständig wohnen zu
34 können. Wir kämpfen daher für eine höhere Mindestausbildungsvergütung im
35 Berufsbildungsgesetz (BBiG) und gute Bezahlung für alle Auszubildenden.

36 **Gute Ausbildung braucht die umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie.**

37 Damit jeder junge Mensch in Marburg und in ganz Hessen die Chance auf einen guten Einstieg in
38 die eigene berufliche Laufbahn hat und so das eigene Leben selbstbestimmt gestalten kann,
39 braucht es mehr Ausbildungsplätze und ein Recht auf Ausbildung. Wir fordern daher die
40 hessische SPD und die SPD-Fraktion im hessischen Landtag auf sich für eine umlagefinanzierte
41 Ausbildungsgarantie einzusetzen, die insbesondere die Unternehmen in die Pflicht nimmt, die
42 nicht ausbilden, auch wenn es ihnen problemlos möglich wäre. Wer keine Verantwortung für die
43 gute Ausbildung der zukünftigen Fachkräfte übernehmen möchte, muss sich zukünftig finanziell
44 stärker an der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen beteiligen.

45 **Begründung**

46 Mit verschiedenen beruflichen Schulstandorten und als starker Standort für kleine,
47 mittelständische und große Betriebe ist Marburg auch eine Stadt mit vielen Auszubildenden.
48 Sowohl die Betriebe als auch die Stadt Marburg brauchen in den nächsten Jahren und
49 Jahrzehnten viele gut ausgebildete Fachkräfte, die gern auch nach ihrer Ausbildung in Marburg
50 arbeiten und leben. Es ist deshalb dringend geboten weitere Anstrengungen zu unternehmen,
51 um in Marburg ideale Bedingungen für eine gute Ausbildungssituation zu gewährleisten.

52 Ein nicht unerheblicher Teil der etwa über 4100 Auszubildenden, die laut der Integrierten
53 Ausbildungsberichterstattung 2021 des hessischen statistischen Landesamtes ihre Ausbildung in
54 Marburg-Biedenkopf absolvieren, lebt und/oder lernt dabei in Marburg. Auch die Stadt, die
55 Universität und beispielsweise das Universitätsklinikum bieten jedes Jahr zahlreiche
56 Ausbildungsplätze an, so dass jungen Menschen in Marburg eine große Vielfalt an
57 Ausbildungsberufen zur Auswahl steht. Um diese Vielfalt zu erhalten und weitere Chancen zu
58 eröffnen, braucht es eine gute und abgewogene Ausbildungsförderung von politischer Seite.

Antrag 4	
Antragstellung:	Vorstand der SPD Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats

1 **Anpassung der Einkommensgrenzen für den Marburger Stadtpass**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die Marburger SPD-Fraktion und der Magistrat der Universitätsstadt Marburg sollen für das Jahr
4 2022 und vorsorglich das Jahr 2023 eine Anpassung der Einkommensgrenze für den Stadtpass
5 um 10 - 15% umsetzen.

6 Ziel dieser Anpassung soll die Entlastung von Personen und Haushalten sein, die mit ihrem
7 Einkommen oberhalb der in § 2 Absatz 2 Richtlinien zum Stadtpass aufgeführten
8 Einkommensgrenze liegen und zudem keine Unterstützung in Form von Transferleistungen
9 erhalten. Dadurch soll ein Ausgleich der derzeit stark steigenden Inflation versucht und der Kreis
10 der unterstützten Personen und Haushalte erweitert werden.

11 **Begründung**

12 Alles wird teurer, das Geld im Portemonnaie wird knapper und die Bürger*innen blicken voller
13 Sorge auf die anstehende Nebenkostenabrechnung. Die steigenden Kosten für Lebensmittel,
14 Mobilität, Strom und Gas machen vielen Menschen zu schaffen. Was bereits im Zuge der
15 COVID19-Pandemie eine große Herausforderung war, wird nun noch schwerer. Die durch die
16 Inflation angeheizten, steigenden Kosten, stellen eine erhebliche Belastung für viele
17 Privathaushalte dar. Das statistische Bundesamt berechnet für Juni eine Inflationsrate in Höhe
18 von 7,9%. Für 2022 rechnet die Europäische Zentralbank mit einer Inflation von 5,1%.

19 Die Marburger SPD begrüßt die bisher ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zur
20 Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Zu diesen Vorhaben zählen wir neben dem
21 Entlastungspaket 2 auch ausdrücklich die von Bundesarbeitsminister Heil umgesetzte Erhöhung
22 des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro. Dieser führt branchenübergreifend zu höheren
23 Löhnen im Bereich der geringfügig entlohnten Beschäftigung und damit zu einer spürbaren
24 Entlastung betroffener Gruppen.

25 Die von der in der Universitätsstadt Marburg regierenden Koalition zwischen SPD, Bündnis90/Die
26 Grünen und Klimaliste Marburg angestrebte Sozialpolitik vermeidet soziale Risiken präventiv und
27 gleicht Benachteiligungen aus. Neben den umfangreichen Unterstützungsleistungen der Träger,
28 wird auch in Krisenzeiten verantwortlich und zielgenau unterstützt. So hat die Universitätsstadt
29 Marburg gemeinsam mit den Trägern, unter anderem während der Pandemie bereits finanzielle
30 Unterstützungshilfen für die Bürgerinnen und Bürger geleistet.

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

31 Wir stellen fest, dass es in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, immer mehr Bürger*innen
 32 gibt, die ein Einkommen bestreiten, welches oberhalb der in § 2 Absatz 2 Richtlinien zum
 33 Stadtpass aufgeführten Einkommensgrenze liegt und zudem keine Unterstützung in Form von
 34 Transferleistungen erhalten. Sie stehen zunehmend unter großem finanziellen Druck. Unser Ziel
 35 ist die Verbesserung der Teilhabe-Chancen von Menschen die unter der aktuellen Notlage leiden
 36 und durch ergänzende kommunale Unterstützungsmaßnahmen zu entlasten.

Antrag 5	
Antragstellung:	Arbeitskreis Bildung, Kultur und Sport über den Vorstand der SPD Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, sozialdemokratische Mitglieder des Magistrats

1 **Stadtmuseum**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Der Magistrat wird beauftragt, alle vorbereitenden Maßnahmen für die Neukonzeption und
 4 Planung eines zentralen, hybriden kultur- und stadthistorischen Museums unter
 5 Berücksichtigung moderner, digitaler und museumspädagogischer Konzepte in die Wege zu
 6 leiten. Ebenso sollen finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

7 Im Rahmen von Marburg800 ist ein virtuelles Stadtmuseum entstanden. Darauf aufbauend soll
 8 bei fachlicher und museumspädagogischer Begleitung ein Konzept zur Errichtung eines
 9 Stadtmuseums entwickelt werden. Ebenso soll die Standortfrage geklärt werden.

10 **Begründung**

11 Der Wunsch der Marburger Stadtbevölkerung und der Touristen nach einem Stadtmuseum ist
 12 ungebrochen. Das mag man an dem kürzlich in der lokalen Presse und in den sozialen Medien
 13 von 22 Marburger Erstunterzeichner*innen veröffentlichten offenen Brief an die verantwortliche
 14 Landesregierung ablesen, in dem auf den defizitären Zustand des Landgrafenschlosses
 15 hingewiesen wird. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Marburger Schloss als Kristallisationspunkt
 16 Marburger Historie gesehen und verstanden wird und wie sehr man sich eine angemessene und
 17 würdevolle Präsentation Marburger Geschichte wünscht.

18 Ein Stadtmuseum schafft Identität mit der Geschichte einer Stadt und ihrer Region und bildet
 19 einen wertvollen Kontext zu der eigenen individuellen Historie. Ebenso ist es für Marburg als
 20 bedeutende Touristenstadt unerlässlich. Auch im Kontext der schulischen Bildung ist ein
 21 Stadtmuseum von enormer Wichtigkeit.

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

22 Über die Jahrhunderte hinweg in Marburg weilende und das Selbstverständnis der Stadt
 23 prägende Persönlichkeiten wie Elisabeth von Thüringen, Landgraf Philipp, Martin Luther, die
 24 Brüder Grimm und Emil von Behring lassen sich zwar alle einzeln im Marburger
 25 Stadtbild wiederfinden, in einem Stadtmuseum könnte man sie mit einem gewissen historischen
 26 Stolz an einem Ort präsentieren. Ebenso sollten historische Themenschwerpunkte, wie
 27 beispielsweise „die Geschichte der Juden in Marburg“, „Frauen in Marburg“ oder auch
 28 Gegenwartsgeschichte der Universitätsstadt informativ dargestellt werden.
 29 Das Stadtjubiläum Marburg800 bietet eine Ausstellung zur Marburger Stadtgeschichte an drei
 30 Orten an – eine Kooperation von Kulturamt und Universität, noch als „innovatives gemeinsames
 31 Experiment“ vorgestellt, aber eigentlich ein Vorbild und Ausgangspunkt für mehr.
 32 Schon in der 2013 erstellten Potentialstudie wird im Übrigen die Bedeutung der
 33 kulturhistorischen Schätze Marburgs herausgestellt und die Empfehlung ausgesprochen, ein
 34 Stadtmuseum bzw. die Präsentation von Stadtgeschichte umzusetzen.

Antrag 6	
Antragstellung:	Jusos Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

1 **Installierung öffentlicher Fahrrad-Repair-Stationen im Stadtgebiet**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg setzt sich für die
 4 Installierung öffentlicher Fahrrad-“Repair“-Stationen (fest installierte Luftpumpe mit Montage-
 5 Toolkit) an zentralen Verkehrsknotenpunkten der Stadt ein.

6 **Begründung**

7 Die weltpolitische Gegenwart zeigt, dass wir häufiger Energiekrisen durchleben und deshalb auf
 8 brennstofffreie Mobilität angewiesen sind. Dafür werden immer mehr natürliche Ressourcen in
 9 Anspruch genommen, was sich auch an Zulieferteilen und Ersatzteilen bemerkbar macht. Die
 10 Prinzipien der „shared-economy“ im Bereich der Mobilität sollten, daher auch in Zukunft einen
 11 Fokus auf den Fahrradverkehr und die Fahrradinfrastruktur legen. Gerade in Marburg, wo sich
 12 überregionale Fernradwege kreuzen und viele Menschen mit mittleren bis kleinen Einkommen
 13 leben, ist das Fahrrad ein beliebtes Transportmittel. Jedoch sind Radfahrer*innen häufig
 14 unterwegs und merken, dass sie eine Panne an ihrem Rad haben.

15 Das Problem: Nicht immer werden die passenden Werkzeuge mit sich geführt die, notwendig
 16 sind, um eine schnelle und sicherer Weiterfahrt bei einem technischen

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

17 Problem zu ermöglichen.

18 Gerade an Feiertagen oder Sonntagen sind die lokalen, privat-wirtschaftlichen
19 Dienstleistungsbetriebe nicht erreichbar. Zudem ist hier eine Serviceleistung häufig mit erhöhtem
20 finanziellen Aufwand verbunden. Auch der Einkauf, der passenden Werkzeuge kommen die
21 Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen nur mit höherem finanziellem Aufwand zu stehen
22 und belasten die individuelle Haushaltskasse. Luftpumpen und Werkzeugkits, sind jedoch auch
23 Waren, die aus wertvollen Rohstoffen gefertigt werden, und im individuellen Privatgebrauch
24 verhältnismäßig selten zum Einsatz kommen.

25 Die Folge: Bei Pannen bleibt der Radfahrer*in nur der direkte Weg zur Werkstatt oder einem
26 privaten Areal, wo der defekt behoben werden kann. Die Weiterfahrt und die Nutzung dieses
27 Transportmittels wird auf unbestimmte Zeit unterbrochen. Hierdurch werden die Nutzer*innen
28 einer „sanften“ Mobilität oder eines „sanften“ Fahrrad-Tourismus davon abgehalten, sich
29 weiterhin auf ihrem Rad fortzubewegen. Um, den brennstoff-betriebenen ÖPNV jedoch um eine
30 weitere klimaschonende Antriebsart zu ergänzen, ist eine gut ausgebaute und barrierefreie
31 Fahrradinfrastruktur unerlässlich. Diese setzt zugleich Anreize, das Fahrrad oder ähnliche Geräte
32 häufiger zu benutzen. Zugleich ermöglicht der Zugang zu öffentlichen Fahrrad-“Repair“-
33 Stationen, den Austausch und die Auseinandersetzung mit alternativen Antriebsformen. Gerade
34 in Kommunen wie der Stadt Marburg, stehen die soziale Einhaltung des Klimaschutzes politisch
35 an höchster Stelle. Daher ist sie auf die Bereitstellung solcher öffentlicher Einrichtungen
36 angewiesen. Deshalb sollten die benannten Fahrrad-“Repair“-Stationen, an zentralen
37 Verkehrsknotenpunkten (wie beispielsweise Bahnhöfen und Kulturplätzen) aufgestellt werden.

Antrag 7	
Antragstellung:	AG60+ Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

1 **Digitale Formulare**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die Jahreshauptversammlung der SPD Marburg fordert die Verantwortlichen in der Verwaltung
4 der Stadt Marburg und des Landkreises auf, bei digital zur Verfügung gestellten Formularen der
5 Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass diese auch grundsätzlich elektronisch ausgefüllt werden
6 können.

7 **Begründung**

8 Es ist sehr erfreulich, dass der Internetauftritt der Stadt Formulare zum Download bereitstellt.
9 Nicht zu verstehen ist jedoch, warum diese zumindest noch teilweise (Beispiel: Antrag auf

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

- 10 Reisepass und Personalausweis) ausgedruckt und von Hand ausgefüllt werden müssen. Gerade
11 für Menschen mit motorischen oder visuellen Schwierigkeiten stellt dies – auch bei der aktuellen
12 Gestaltung der Formulare – eine Hürde da. Weitergehend wäre zu prüfen, welche Formulare
13 auch elektronisch eingereicht werden können.
14 Auch in der älteren Generation ist mittlerweile die Arbeit mit PC oder Laptop stark verbreitet. Ca.
15 50% der Mitglieder der AG 60+ kommunizieren mit der AG 60+ mittlerweile per E-Mail.

Antrag 8	
Antragstellung:	Jusos Marburg
Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Einrichtung eines Mehrgenerationenhauses

Der Parteitag möge beschließen:

Die Marburger SPD unterstützt ausdrücklich die Kooperation zwischen jung und alt und hofft, dass nach der Pandemie die Begegnungen zwischen den Generationen wieder aufgenommen werden können und bittet die SPD-Fraktion im Stadtparlament hierfür auch in Zukunft, die finanziellen Mittel zu verabschieden.

Begründung

Gemeinsame Zeit statt Vereinsamung steht in diesem Konzept im Vordergrund.

Durch den regelmäßigen Austausch zwischen Alt und Jung ergeben sich neue Möglichkeiten des sozialen Kontakts und Miteinanders. Generationenkonflikte können so überwunden werden, das gemeinsame Erleben der Welt steht im Vordergrund. Jung und Alt können so voneinander lernen.

Antrag 9	
Antragstellung:	AG60+ Marburg
Adressat*innen:	SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf, Landesparteitag SPD Hessen, SPD-Fraktion im hessischen Landtag

1 **Für einen „Wassercent“**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die hessischen SPD-Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich für die
4 Einführung eines Wasserentnahmeregeldes „Wassercent“ einzusetzen.

5 **Begründung**

6 Das Wasserentnahmeregeld wird für die Entnahme von Grundwasser und Oberflächenwasser
7 erhoben.

8 Hessen zählt derzeit zu den 3 Bundesländern in denen kein Wasserentnahmeregeld erhoben wird.
9 Das war mal anders. Die von der rot-grünen Landesregierung eingeführte Grundwasserabgabe
10 lief Ende 2003 aus und wurde von der nachfolgenden CDU-Landesregierung Koch nicht
11 weitergeführt. Das muss sich schnell und gründlich ändern.

12 Nach dem Bundesverfassungsgericht ist die Wasserentnahmegebühr sachlich gerechtfertigt, weil
13 sie eine Vorteilsabschöpfungs-Abgabe darstellt. Denn da Wasser als knappe natürliche Ressource
14 ein Gut der Allgemeinheit sei, werde dem Einzelnen mit der Nutzung ein Vorteil gegenüber all
15 denen eröffnet, die das betreffende Gut nicht oder nicht in gleichem Umfang nutzen dürften.

16 Gegenwärtig können wir wieder den Wassermangel hautnah beobachten. Bäume vertrocknen
17 und sterben wegen Wassermangel ab. In der Folge feiert der Borkenkäfer fröhliche Feste.

18 In Hessen wird als Folge des Klimawandels Grundwasser vermehrt zum knappen Gut. Im
19 Vogelsberg, dem südhessischen Ried und auch im Burgwald sind die Pegel zuletzt stark gesunken
20 - auch, weil die Metropolregionen Frankfurt und Rhein-Main ihr Trinkwasser von dort beziehen.

21 Wir fordern einen ressourcenschonenden Umgang mit Wasser und die schnelle Einführung eines
22 Wasserentnahmeregeldes, mit dem z. B. Landwirte dafür entschädigt werden, dass sie
23 verantwortungsvoll mit Düngemitteln umgehen und damit das Grundwasser vor
24 Verunreinigungen schützen.

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

Antrag 10	
Antragstellung:	Jusos Marburg
Adressat*innen:	Marburger SPD, Vorstand

1 **Schaffung einer Hundewiese**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die Marburger SPD setzt sich für die Schaffung einer Hundewiese ein.

4 **Begründung**

5 Sie gehören in Stadtbild: in der Oberstadt, am Schloss, im Stadtwald, an den Lahnwiesen – überall
6 sind Hunde mit ihren Besitzer*innen unterwegs. Vor allem im Sommer an Lahn- oder
7 Afföllerwiesen passiert es oft, dass das gemütliche Picknick mit Freund*innen unterbrochen wird
8 von Hunden, die freilaufend die Wiese zu ihrer erklären und auf den Decken Fremder landen. Ein
9 Problem für Alle, die fremde Hunde verständlicher Weise nicht in ihrer Nähe haben wollen.

10 Doch auch für Hundebesitzer*innen stellt die aktuelle Situation ein Problem dar, da sie in
11 Marburg keine Möglichkeit haben ihren Vierbeiner in geeigneter Umgebung frei laufen und
12 spielen zu lassen.

13 Eine Hundespielwiese könnte dieses Problem lösen: So könnte unkompliziert und schnell ein Ort
14 geschaffen werden, an dem Hunde sicher laufen und spielen können. Durch die Ausstattung mit
15 Agility-Objekten, wie etwa einer Hundewippe, Slalomstangen und einer Hunderampe könnten
16 Hunde besonders gefördert und ausgepowert werden und die Wiese sehr attraktiv gestaltet
17 werden. Eine Einzäunung der Hundewiese würde ein sicheres Spielen innerhalb und einen
18 angenehmen Aufenthalt außerhalb der Abgrenzung ermöglichen. Eine Hundewiese wäre daher
19 nicht nur eine Bereicherung für alle Hundebesitzer*innen, sondern auch für alle die ungestört
20 von spielenden Vierbeinern die Marburger Wiesen genießen wollen.

Antrag 11 zurückgezogen

Antrag 12

Antragstellung:	Jusos Marburg
------------------------	---------------

Adressat*innen:	SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag
------------------------	---

1 **Digitale Übertragung von Kommunalparlamenten**

2 Der Parteitag möge beschließen:

3 Die SPD soll sich auf allen ihren Gliederungen dafür einsetzen, dass Übertragungen der
4 kommunalen Parlamentssitzungen grundsätzlich möglich werden. Die Gemeindeordnung soll
5 dahingehend überarbeitet und geändert werden. Des Weiteren setzen sich die Jusos Marburg
6 und die SPD Marburg dann für eine Übertragung der Stadtverordnetenversammlung ein.

7 **Begründung**

8 Parlamente sind das Herz der Demokratie, gerade in der Kommunalpolitik. Nicht alle
9 Bürger*innen besitzen die Zeit bzw. Flexibilität, sich kommunale Sitzungen anzuschauen. Die
10 Berichterstattung über die Sitzungen ist auch nicht allen zugänglich bzw. Aufgrund der Länge der
11 Sitzungen gar nicht umfassend möglich. Daher soll es den Menschen direkt möglich sein, sich ein
12 Bild ihrer Politik vor Ort machen zu können.

13 Natürlich erfordert dies einen immensen Betrag an Kosten, doch darf Demokratie und
14 demokratische Bildung nie an den Kosten scheitern.

Antrag 13

Antragstellung:	AG60+ Marburg
------------------------	---------------

Adressat*innen:	SPD-Unterbezirk Marburg-Biedenkopf, Bezirksparteitag SPD Hessen-Nord, Landesparteitag SPD Hessen, Bundesparteitag, SPD- Fraktion im Deutschen Bundestag
------------------------	---

1 **Coronahilfen für Rentner*innen und Pensionär*innen**

2 Die Jahreshauptversammlung der SPD Marburg fordert den Unterbezirk, den Bezirk, den
3 Landesverband und den Bundesvorstand auf, dafür Sorge zu tragen, dass die finanzielle

Geschäftsstelle:

Biegenstr. 33 – 35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900 – geschaeftsstelle@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de

4 Entlastung durch die Energiepauschale auch an bedürftige Studierende, Auszubildende,
5 Promovierende, Rentner*innen und Pensionär*innen ausgezahlt wurden.

6 **Begründung**

7 Es ist nicht zu verstehen, warum gerade die Menschen mit geringen Alterseinkünften von der
8 Regelung für berufstätige Menschen ausgeschlossen bleiben. Die Argumentation der FDP, die
9 Rentner hätten ja eine kräftige Erhöhung ihrer Bezüge in Aussicht, ist zynisch und
10 menschenverachtend. Gerade die Bezieher von niedrigen Altersbezügen sind von der Teuerung
11 besonders stark betroffen. Die Erhöhungen bei Energie und Lebensmittel trifft diese besonders
12 hart. Da hilft es auch nicht, wenn Unterhaltungselektronik oder Fernreisen nicht so stark im Preis
13 steigen. Lebensmittel und Energie sind Produkte der starren Nachfrage, man muss sie
14 nachfragen, egal wie sich die Preise entwickeln. Gerade bei den Beziehern von Altersbezügen
15 haben diese Produktgruppen einen deutlich höheren Anteil an den Gesamtausgaben als bei
16 anderen Haushaltsformen.